

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 3./Februar 1953

Blatt 146

100.000 Schilling aus dem Sportgroschen

3. Februar (RK) In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung zum ersten Mal in diesem Jahr wieder eine Reihe von Subventionen aus dem Sportgroschen bewilligt. Die Beträge, die insgesamt 101.000 Schilling ausmachen, sollen für den Ankauf von Sportutensilien, die Durchführung eines Sportbetriebes und für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen dienen. Die Subventionen, die sich auf insgesamt 28 Vereine verteilen, bewegen sich in der Höhe zwischen 1.000 und 10.000 Schilling. Sie werden den zuständigen Verbänden zur treuhändigen Übernahme und Weiterleitung überwiesen. Über die widmungsmäßige Verwendung ist ein Nachweis zu erbringen.

Freie Ärztstellen

3. Februar (RK) Im Wilhelminenspital der Stadt Wien ist die Stelle des Vorstandes der I. medizinischen Abteilung ausgeschrieben. Bedingungen der Anstellung sind: Österreichische Staatsbürgerschaft, Doktorat der gesamten Heilkunde einer Inlanduniversität und Anerkennung durch die Ärztekammer als Facharzt für interne Medizin. Ferner ist im Franz Joseph-Spital die Stelle eines Assistenten an der Hals-, Nasen- und Ohrenstation frei.

Bewerbungsgesuche sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Darstellung des Lebenslaufes bis spätestens 15. März bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1., Gonzagagasse 23, einzubringen.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

3. Februar (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 2. Jänner von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Spital am Semmering" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 5. Februar, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.50 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Die Verpflegungsgebühren in den Städtischen Krankenanstalten
=====

3. Februar (RK) Im "Amtsblatt der Stadt Wien" ist eine Zusammenstellung der in den Wiener Städtischen Krankenanstalten geltenden Verpflegungsgebühren und besonderen Gebühren nach dem Stand vom 1. Jänner 1953 veröffentlicht. Darnach betragen die Verpflegungsgebühren in fast allen städtischen Spitälern in der I. Klasse 72 Schilling im Tag, in der 2. Klasse 66 und in der 3. Klasse 55 Schilling. Unter den besonderen Gebühren beträgt u.a. das Arztehonorar für Operationen je nach der Schwierigkeit des Falles in der 1. Gebührenklasse höchstens 1.350 Schilling, in der 2. Gebührenklasse höchstens 900 Schilling. In den Kinderspitälern betragen die Verpflegungsgebühren in den einzelnen Klassen 64, 58 und 52 Schilling.

Helft dem schwergeprüften holländischen Volk!

=====

Wiener Stadtverwaltung leitet mit 500.000 Schilling Sammlung ein

3. Februar (RK) Der Wiener Stadtsenat gedachte heute der Opfer der großen Naturkatastrophe, die in den letzten Tagen mehrere Länder, vor allem aber Holland heimgesucht hat. Bürgermeister Jonas beantragte die sofortige Durchführung einer Hilfsaktion. Es wurde folgender Aufruf erlassen:

Wienerinnen und Wiener!

Tief erschüttert haben wir von der entsetzlichen Naturkatastrophe Kenntnis erhalten, die über mehrere Länder, vor allem aber über Holland und sein arbeitsames Volk hereingebrochen ist. Was durch Jahrzehnte mit Fleiß und großen Mitteln aufgebaut wurde, ist in wenigen Stunden vernichtet worden. Das Ausmaß der menschlichen Katastrophe kann heute noch gar nicht übersehen werden, aber schon jetzt ist bekannt, daß tausende Familien ihre Existenz und das Obdach verloren haben.

Wien ist nach dem ersten und zweiten Weltkrieg der Hilfsbereitschaft und Kinderliebe des holländischen Volkes im besonderen Maße teilhaftig geworden. Es gibt tausende Bürger in unserer Stadt, die als Kinder die Gastfreundschaft Hollands genossen haben und sich heute noch dankbar an ihren Erholungsaufenthalt in ärgster Zeit erinnern. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß wir dem so schwer heimgesuchten Holland helfen wollen, wenn wir auch wissen, daß diese von den besten Absichten getragene Hilfe dem Ausmaß der Katastrophe nicht annähernd gerecht werden kann.

Die Stadtverwaltung fordert die gesamte Bevölkerung auf, sich einer Sammlung anzuschließen. Die Gemeinde Wien hat mit einem Betrag von 500.000 Schilling diese Sammlung eingeleitet.

Wienerinnen und Wiener! Tragt alle dazu bei, dem schwergeprüften holländischen Volk zu helfen und bezeugt ihm damit auch eure Dankeschuld!

Geldspenden sind auf das Postsparkassenkonto Nr. 210.000 unter dem Kennwort "Hollandhilfe" zu überweisen. Sie können auch bei jeder städtischen Kasse eingezahlt werden.

J o n a s
Bürgermeister
W e i n b e r g e r
Vizebürgermeister

H o n a y
Vizebürgermeister

Österreichischer Städtebund an holländischen Gemeindeverband
=====

3. Februar (RK) Der Österreichische Städtebund hat an den holländischen Gemeindeverband folgendes Telegramm gerichtet: "Der Österreichische Städtebund übermittelt den Ausdruck seiner tiefempfundenen Anteilnahme an dem Unglück, das die entfesselten Elemente über das gutherzige niederländische Volk gebracht haben. Für den Österreichischen Städtebund: Franz Jonas, Karl Honay, Hans Riemer.

Ferner wurde in einem zweiten Telegramm die Bereitschaft ausgedrückt, eine Hilfsaktion für die von der Katastrophe betroffenen Städte und Gemeinden einzuleiten. Gleichzeitig wurde angefragt, ob und in welcher Art die Hilfe des Österreichischen Städtebundes erwünscht wäre.

Schweinehauptmarkt vom 3. Februar
=====

3. Februar (RK) Neuzufuhren: 5224 inländische Fleischschweine. Verkauft wurde alles. In der Kontumazanlage 198 Schweine.

Bei ruhigem bis lebhaftem Marktverkehr verteuerte sich 2. und 3. Qualität um 20 bis 40 g, während 1. Qualität fest behauptet wurde. Zu Schlachtgewichtspreisen wurden 319 Schweine verkauft. Der Rest wurde zu Lebendgewichtspreisen gehandelt und zwar: 1. Qualität 13.50 bis 14.- S, 2. Qualität 12.80 bis 13.50 S, 3. Qualität 12.40 bis 12.80 S, Zuchten und Altschneider notierten von 10.70 bis 12.20 S. Schlachtgewichtspreis 16.70 bis 18.20 S.

Festwochen-Länderspiel vielleicht noch 1953
=====

3. Februar (RK) Zu dem heute im Sportteil des "Wiener Kurier" unter dem Titel "Länderspiel gegen Südamerika im Juni" erschienenen Artikel erfährt die "Rathaus-Korrespondenz" von Stadtrat Mandl, daß gestern in einem Gespräch zwischen ihm und dem Sportredakteur Heribert Meisel die Möglichkeit des Einbaues eines Länderspieles schon in die Festwochen 1953 erwogen wurde. Da das Programm aber schon abgeschlossen und der Verwendungszweck der bereitgestellten Geldmittel im großen und ganzen festgelegt ist, muß die Durchführung eines Länderspieles von der gegenwärtigen finanziellen Lage abhängig gemacht werden. Ob sich eine solche Veranstaltung noch machen läßt, hängt also ganz von der Art des Vorschlages des Fußballbundes ab. Darauf, daß es sich bei einem eventuellen Spiel gerade um eines gegen eine südamerikanische Mannschaft handeln soll, ist nicht eingegangen worden.

15.000 Haftentschädigungsanträge
=====

3. Februar (RK) Damit die Beamten des Opferfürsorgereferates die vielen Haftentschädigungsanträge unbehindert und rasch erledigen können, wurde der Parteienverkehr vorübergehend auf montags und freitags von 8 bis 12 Uhr beschränkt. Dadurch können die Sachbearbeiter ihre volle Arbeitszeit für die insgesamt 15.000 Haftentschädigungsanträge verwenden.

Für dringende und begründete Fälle, vor allem bei nachweisbarer Existenzgefährdung, werden jedoch auch jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr Beamte der Magistratsabteilung 12, 1., Gonzagagasse 23, auf Zimmer 102 und 168 Auskünfte geben.

Gesperrt bis 20 Uhr"Jugendarbeitslosigkeit und neuntes Schuljahr"
=====

3. Februar (RK) Der Geschäftsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Leopold Zechner, sprach heute abend im "Institut für Wissenschaft und Kunst" über das Thema "Jugendarbeitslosigkeit und neuntes Schuljahr". Er ging von den Verhältnissen in Wien aus und hob zunächst die Gefahren einer Jugendarbeitslosigkeit in erzieherischer und politischer Hinsicht hervor. Die Verlängerung der Schulpflicht von 8 auf 9 Jahre sei eine Forderung, die schon lange unabhängig vom Problem der Unterbringung der starken Entlaßjahrgänge aus pädagogischen Gründen erhoben wird. Die Anforderungen, die das Berufsleben im Gewerbe und in der Industrie an die körperliche und geistige Reife der Schulabgänger, an ihre Fertigkeiten und Kenntnisse stellt, seien heute naturgemäß um vieles höher als zur Zeit der Einführung der achtjährigen Schulpflicht. Diesen erhöhten Anforderungen soll durch ein abschließendes Berufsfindungs- und Berufsvorbereitungsjahr entsprochen werden. Über die Notwendigkeit dieser Maßnahme bestehe kein Zweifel. Der Zeitpunkt der Einführung eines allgemein berufsvorbereitenden neunten Schuljahres hänge jedoch von den wirtschaftlichen Gegebenheiten ab. Möglicherweise wird er in den einzelnen Bundesländern verschieden sein müssen, wenn mit dieser Einführung eine erhebliche Entlastung des Lehr- und Arbeitsstellenmarktes erreicht werden soll.

NR. Dr. Zechner wies an Hand von statistischen Unterlagen und mit Hilfe übersichtlicher graphischer Darstellungen nach, daß man im Schuljahr 1953/54 noch mit einer Verstärkung der freiwilligen Einjährigen Lehrkurse - wie sie auch jetzt schon in geringem Umfang bestehen - das Auslangen finden kann, unter der Voraussetzung, daß die Wirtschaft, wie versprochen wurde, erheblich mehr Lehrlinge und Jugendliche aufnimmt als bisher. Im folgenden Jahr werde diese Maßnahme nicht mehr genügen. Dann müßte wenigstens für diejenigen, die keine

3. Februar 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 152

Lehrstelle finden, das neunte Schuljahr obligat eingeführt werden. Vom darauffolgenden Jahr an aber muß zur Aufsaugung aller Rückstände das neunte Schuljahr für den ganzen Entlaßjahrgang verbindlich gemacht werden. Damit würde eine einmalige Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten. Alles andere, einschließlich besonderer Maßnahmen, wie Lehrwerkstätten etc., ist Sache der Gesetzgebung und der Wirtschaft. Diese schwierigen Probleme können nur in Zusammenarbeit aller beteiligten Faktoren unter Hintansetzung eingewurzelter Vorurteile und parteipolitischer Rücksichten gelöst werden.